

## GEMEINSAME MISSION IM FREISTAAT

### DGS Landesvertretung Bayern und Solarverband Bayern



Bilquelle: Bayerischer Rundfunk

Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, Ministerpräsident Markus Söder, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Umweltminister Thorsten Glauber bei der Pressekonferenz der Bayerischen Staatsregierung im November 2019

Die Bayerische Staatsregierung präsentiert sich gerne als Vorreiterin und beherzt zupackende Krisenakteurin. In der energie- und klimapolitischen Realität zeigt sich jedoch immer wieder, wie wenig ernst es den Regierenden mit Lippenbekenntnissen wie Klimaschutzoffensive und Sonnenland Bayern ist und wie wenig sie im „Team Energiewende“ die gemeinsame Sache voranbringen wollen. Dem möchte die DGS ebenso beharrlich, aber konstruktiv Verbesserungsvorschläge und Dialogangebote entgegensetzen.

Die vier aktiven bayerischen DGS-Sektionen Mittelfranken/Oberfranken, Niederbayern, Augsburg/Schwaben und München/Oberbayern haben bereits 2019 die DGS Landesvertretung Bayern (DGS Bayern) eingerichtet. Ziel des formlosen Zusammenschlusses ist, bei Themen, die über den örtlichen Wirkungskreis der jeweiligen Sektion hinausgehen, gemeinsam zu agieren und insbesondere in landespolitischen Fragen eine zentrale Anlaufstelle zu bieten.

In diesem Sinne war die DGS Landesvertretung 2019 auch Gründungsmitglied des Solarverbands Bayern e.V. (SVB) und ist inzwischen in dessen Vorstand vertreten. Der SVB bündelt als Dachverband der Solarvereine, Solarbetreiber, Solarfirmen und der Solarindustrie die Akteure der Photovoltaik- und Solarthermiebranche in Bayern, um den Ausbau der Solarenergie als zentralen Baustein der Energiewende in der gebotenen Ge-

schwindigkeit und Höhe voranzutreiben. Der SVB bringt die spezifischen Belange die Solarsparte in die Landesvertretung Bayern (LEE) des Bundesverbandes Erneuerbare Energien e.V. (BEE) ein.

#### Bei der Politik vorstellig

Gemeinsame Aktivitäten der DGS Bayern und dem Solarverband Bayern adressieren vor allem die Landespolitik. Den Startschuss gab die Verbandsanhörung des Landesumweltministeriums zum Bayerischen Klimaschutzgesetz. In einer gemeinsamen Stellungnahme kritisierten DGS und SVB Anfang 2020 die ambitionstosen Klimaziele des Gesetzesentwurfs und das defensive Maßnahmenpaket im zugehörigen 10-Punkte-Plan mit ausführlichen Begründungen und Verbesserungsvorschlägen im Bereich der Solarenergienutzung. Leider fanden diese ebenso wenig Beachtung wie die engagierten Eingaben zahlreicher anderer Institutionen.

Der Freistaat möchte das PV-Potenzial auf den eigenen Gebäuden ausschöpfen und dabei im Wesentlichen auf externe Investoren und eine Solarflächenbörse setzen. In einer schriftlichen Erläuterung und bei mehreren Beratungsgesprächen versuchten DGS- und SVB-Mitglieder, den Entscheidungsträgern im Wirtschafts- und Bauministerium und den mit der Konzeptentwicklung betrauten Mitarbeitern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verpachtung öffentlicher Dächer klarzumachen: die Möglichkeit eigenverbrauchsbasierter Geschäftsmodelle, die Klärung bauseitiger Voraussetzungen und Verantwortlichkeiten durch den staatlichen Eigentümer sowie eine schlanke und faire Vertragsgestaltung.

#### Solare Baupflicht

Wesentlich konstruktiver verlief ein fachlicher Austausch mit der Fraktion B90/Die Grünen im Landtag. Insbesondere zum Thema Solare Baupflicht in Bayern stießen die Argumente und Einschätzungen der DGS- und SVB-Besucher dort auf offene Ohren und eigene

strategische Überlegungen. Nachdem Ministerpräsident Markus Söder im Juli 2021 vollmundig eine Solare Baupflicht ab 2021 für gewerbliche Neubauten und ab 2022 für private Neubauten angekündigt hatte, das zuständige Wirtschaftsministerium sich aber stets ablehnend dazu äußerte, wandten sich DGS Bayern, SVB mit einer Reihe anderer Umwelt- und Solarverbände in einem offenen Brief direkt an den Ministerpräsidenten.

Auch im neu einberufenen Bayerischen Energiebeirat, in dem DGS und SVB jeweils mit einer eigenen Stimme vertreten sind, streiten wir gemeinsam für die Solarpflicht in Bayern. Außerdem stehen mit der EEG-Novelle bundespolitische Themen auf der Agenda. Hier möchten die beiden Verbände einerseits Anlagenbetreiber und Solarfirmen über Änderungen und deren Auswirkungen aufklären. Andererseits ist wiederum die Landesregierung Adressat einer kritischen Analyse des EEG, um sich im Bundesrat für die Änderung von Regelungen einzusetzen, die den notwendigen Solarausbau behindern und Bürgerenergie diskriminieren. Und weil gute Argumente durch Wiederholung nicht schlechter werden, bekommt der Bundeswirtschaftsminister hin und wieder auch direkt Post von den freundlichen „Solargrantlern“ aus Bayern.

#### ZUR AUTORIN:

► **Claudia Hemmerle**  
 Vorsitzende DGS Sektion München / Oberbayern, Mitglied im Vorstand des Solarverbands Bayern, Mitglied im Bayerischen Energiebeirat

bayern@dgs.de